

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Am 31. Oktober wählen alle die Liste 4

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der...

Verantwortlich: einleitend...  
Schriftleitung: Meißnerstr. 10...  
Telegraphen-Adresse: Dresden Volkszeitung

Schriftleitung: Meißnerstr. 10...  
Geschäftsstelle: Meißnerstr. 10...  
Besitz: Meißnerstr. 10...

Abonnementpreis: Grundpreis...  
Einzelheft: 10 Pf.

Nr. 250

Dresden, Dienstag den 26. Oktober 1926

37. Jahrg.

## Wahl und Wirtschaft

Die wirtschaftliche Bedeutung der Sachstimmwahlen

Von Vladimir Kostin

Die letzten Auswüchse des weltbekannten Statistikers sind deshalb von besonderem Wert, weil hier von berufener Seite die Sachstimmwahlen als ein weit über den Rahmen der Landespolitik hinausreichendes Ereignis gekennzeichnet werden.

Die Wahlen für den sächsischen Landtag finden im Augenblick statt, wo die deutsche Arbeiterchaft im Kampfe mit ganz außerordentlichen Schwierigkeiten steht.

Die jetzige Krise ist durch mehrere Ursachen hervorgerufen: das Zusammenbrechen der europäischen Wirtschaft, die Verluste, die Deutschland durch den Krieg erlitten hat, die Spekulationsorgien der Inflationisten — das sind nur einige der Erscheinungen, die uns in die heutige Lage gebracht haben.

Zwei Millionen Arbeitslose, zwei Millionen Kurzarbeiter — solchen Umfang hat keine Krise in der Vorkriegszeit erreicht. Die letzten Wochen haben zwar einen kleinen Rückgang dieser Zahlen gezeigt (der Prozentfuß der Arbeitslosen unter den Mitgliedern der dem ADGB angehörenden Verbände ist von 17,0 im August auf 15,6 im September, der Prozentfuß der Kurzarbeiter von 14,2 auf 12,2 gesunken), aber es ist noch nicht klar, ob die schlimmste Zeit wirklich vorbei ist. Vielmehr ist diese leichte Verbesserung nichts mehr als eine vorübergehende Schwankung in der dauernden Depression, eine Schwankung, die durch besondere Ursachen zu erklären ist (durch die Saisonarbeiten im Bauwesen und in der Landwirtschaft, durch den britischen Kohlenstreik usw.). Nach dem die Krise nicht als überwunden betrachtet werden, die Arbeiterchaft muß sich zu

### allerschwersten Prüfungen

am Laufe des kommenden Winters rüsten. Die Ergebnisse des Abwehrkampfes, den sie bis jetzt geführt hat, sind jedoch nicht zu unterschätzen. In der außerordentlich schweren Lage, unter dem Druck der noch nie dagewesenen Arbeitslosigkeit, ist es gelungen, ihre Hauptpositionen zu behalten. Wenn in manchen Branchen ein gewisser Rückgang in den Löhnen, bzw. eine Verlängerung der Arbeitszeit zu verzeichnen ist, so ist es in anderen Wirtschaftszweigen den Gewerkschaften gelungen, ihre Forderungen durchzusetzen und die Massen vorwärts zu führen.

Könnten diese Ergebnisse wohl erzielt werden, wenn das Proletariat nicht politische Positionen — im Reichstag, in der Landtag, in den Landesregierungen, in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen usw. — in Händen hätte? Auf diese Frage kann es nur eine Antwort geben: Wenn dem Arbeiter, dem Angestellten, dem Beamten heute, trotz der unerhörten Krise, im allgemeinen der Achtungstand erhalten blieb und sein Lohn nicht noch tiefer gesunken ist, wenn der Arbeiter seine Unterstützung bekommt und auf eine Erhöhung derselben hoffen kann — so hat er es nur der Stärke und dem Bewußtsein der Organisierten seiner Klasse zu verdanken, die in der Sozialdemokratischen Partei zusammengeschlossen sind.

Es gibt keine Wunder in unrer Zeit. Alles was geschieht, hat seine Ursachen. Alle Veränderungen, die in der Lage der Massen eintreten, finden in den Verschiebungen der sozialen Kräfte ihre Erklärung. Und jede Verschiebung im Machtverhältnis der sozialen Klassen hat eine entsprechende Veränderung in der Verteilung der Lebensgüter zur Folge. Die Wahlen sind für die Arbeiter nicht etwa nur Kämpfe um Mandate, es sind immer

### soziale Kämpfe,

wo es sich darum handelt, den Willen, die Macht der Klassen zu behaupten. In Deutschland aber kann diese Macht nur an den vorkämpften der Sozialdemokratischen Partei gemessen werden: jeder Zuwachs der Zahl der sozialdemokratischen Wähler ist ein neuer Stein in den Mauern der Festungswerte, auf die sich die Arbeiterchaft in ihrem Abwehrkampf stützt; jeder Rückgang dieser Zahl ist eine Bresche in den Mauern.

Die Bedeutung der sächsischen Wahlen für das ganze deutsche Proletariat ist aber besonders groß wegen der hervorragenden Rolle, die Sachsen stets in der Bewegung gespielt hat.

Wie könnten noch mehr sagen: In der Zeit, wo die Interessen aller Länder so eng miteinander verflochten sind, wo das gesamte internationale Proletariat vor zusehender Aufgaben von ungeheurer Wichtigkeit gestellt ist, erhalten die Landtagswahlen eines solchen Landes wie Sachsen eine Bedeutung, die weit über die Grenzen des Reichs geht!

Vor den Völkern Europas steht die große Frage der wirtschaftlichen Organisation des Kontinents. Wer wird diese Frage lösen? Die Klassen und Gruppen, die das heutige Chaos vorbereitet haben, oder andere Kräfte, andere soziale Schichten, die in den Vordergrund der Geschichte kommen? Aber diese Schichten, wie können sie anders ihren Willen behaupten, wenn nicht durch die Macht ihrer Partei, deren ununterbrochenes Wachstum an Bestand, Einheit, Geschlossenheit in allen Ländern den Weg zum allgemeinen Kampf bilden soll?

Der Sieg der sächsischen Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen muß einen großen Aufschwung in dem gesamten sächsischen Kampf des deutschen, des europäischen und des Weltproletariats bilden.

## Bürgerliche Mengste

Reaktionäre Sorge um die Dreifundzwanzig

Die Dresdner Zirkusversammlung ist sowohl den bürgerlichen Männern wie auch den Dreifundzwanzigern sehr unangenehm gewesen. Sie haben bisher immer verächtlich die deutsche Sozialdemokratische Partei gegen die sächsische Sozialdemokratie ausgespielt. Jetzt hat der Vorsitzende der Partei sich mit aller Entschiedenheit in der Dresdner Versammlung für die sächsische Sozialdemokratie eingesetzt und damit den Alten Sozialdemokraten und ihren Freunden einen dicken Streich durch ihre Rechnung gemacht. In der reaktionären Presse muß man gutmachen, was gutzumachen ist, und es ist recht bescheiden, daß das bekannte Scharfmacherblatt, die Leipziger Neuesten Nachrichten, die Gelegenheit benutzt, und von neuem ein Loblied auf die Altsozialisten singt. Das Blatt führt aus: Wenn es uns Gange gehe, dann träten die Altsozialisten an die Seite derer, die den Staat bejahen und bereit seien, mit ihnen die Lebensnotwendigkeiten des Staates zu erfüllen, und dem Staat zu geben, was des Staates sei. Die schwankenden Gesalten der vereinigten Sozialisten aber, die ewig unsicheren Kantonskneifen der stets unheilbaren Parteileitung träten im gleichen Fall doch lieber an die Seite derer, die den Staat verneinen.

Schon mehrfach haben wir uns mit dem groben Unfug befaßt, der in dem Gebrauch der Worte Staatsbejahend und Staatsverneinend liegt. Wir haben bisher vergeblich eine Antwort auf die Frage gesucht, was es überhaupt bedeuten soll, wenn vor jemand behauptet wird, daß er den Staat verneine. Der Staat ist da und kann durch kein Nein aus der Welt geschafft werden. Bei den politischen Stämpfen von heute handelt es sich einmal um die Staatsform, und zwar in Deutschland darum, ob die demokratische Republik erhalten bleiben, ob die Monarchie der Hohenzollern wieder aufgebaut oder irgendeine bürgerliche Diktatur aufgerichtet werden soll. Die Sozialdemokratie ist die eifrigste Förderin der deutschen demokratischen Verfassung, die wahrscheinlich schon längst zum Ziel gelangt wäre, wenn das sozialdemokratische Proletariat sich nicht schützend vor die Republik gestellt hätte. Dann geht es bei den politischen Stämpfen von heute vor allem darum, wer die Macht in diesem Staate ausüben soll, ob das Proletariat oder der kapitalistische Geldhase, deren Sozialpolster Plätter vom Schlage der Leipziger Neuesten Nachrichten sind.

Wenn die Dreifundzwanziger ausgerechnet in dem Blatte so herausgeputzt werden, so zeigt das besser als jede sozialdemokratische Kritik, wozu diese Herrschaften gekommen sind. Die haben ihr Lob verdient. In den vergangenen Jahren der Koalitionsregierung haben sie den Leuten, deren Sprachrohr das Leipziger Scharfmacherblatt ist, so viel Liebesdienste erwiesen, daß ihnen zu tun fast nichts mehr übriggeblieben ist. Kein Wunder, wenn jetzt das Bürgertum so viel Angst um das Schicksal der geliebten Dreifundzwanzig hat. Das sächsische Proletariat hat all die Jahre hindurch mit Schaudern gesehen, in welcher Weite die Dreifundzwanzig die elementarsten sozialdemokratischen Grundzüge mit Füßen traten, und je mehr die Äreife um die Leipziger Neuesten Nachrichten die Dreifundzwanziger loben, um so eher werden sich die sächsischen Proletarier klar darüber werden, was sie von den Leuten zu halten haben. Da wird es den Reaktionären auch nichts nützen, wenn sie immer wieder die blöde Parole: „Niemandes Sowjetfaschismus“ in das Land schreien. Ein demokratisches Blatt, die Neue Leipziger Zeitung, hat erst vor wenigen Tagen darauf verwiesen, wie dum in dieses Schlagwort ist. Ein Sowjetfaschismus hat es nie gegeben. In Russland, wo die genannte Sowjetverfassung besteht, herrscht eine verhältnismäßig geringe Minderheit über die große Mehrheit des Volks. Die sächsische Sozialdemokratie hat zu jeder Zeit an der Demokratie festgehalten. Im Jahre 1923 hat die Sozialdemokratie die Verfassung verteidigt. Aber Heinze und Müller schoben alle verfassungsmäßigen Rechte beiseite.

Das Bedürfnis der Reaktionäre, die sächsische Geschichte zu verfälschen, ist noch gewachsen durch die klare Abgabe, die am Sonntag Genosse Weis den Dreifundzwanzigern erteilte. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß der Parteivorstand der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gewisse Sympathien entgegenbrachte. Um so mehr muß ins Gewicht fallen, daß er sich jetzt mit solcher Entschiedenheit von ihnen abwendet. Der Parteivorstand mußte die Erfahrung machen, daß die Dreifundzwanzig auch seine Ratschläge und Warnungen in den Wind stecken, wenn es galt, der Reaktion gefällig zu sein. Und selbstverständlich sieht der Parteivorstand in der Zersplitterungsarbeit der sogenannten Alten Sozialdemokraten ein ungeheures Verbrechen an dem gesamten deutschen Proletariat. Das hat Genosse Weis am Sonntag mit genügend der Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, und er wird sich aus der But der Reaktionäre und ihrer Betheuerungen verdammt wenig machen. Um so mehr verdienen seine Ausführungen die Beachtung des sächsischen Proletariats. Auch dem letzten sächsischen Proletarier muß es jetzt klar sein, daß es ein übles Fälscherkunststück ist, wenn es die Leute um Kauf und Verkauf noch wagen, sich Sozialdemokraten zu nennen. Wer es jetzt noch fertigbringt, bei den Wahlen für die Dreifundzwanzig zu stimmen, die sich dank ihrer Stellung in der derzeitigen Regierung den ersten Platz auf dem Stimmzettel erschlischen haben, begehen Verrat am Proletariat.

Jede proletarische Stimme muß abgegeben werden für Liste 4, die Liste der Landtagskandidaten der großen deutschen Sozialdemokratischen Partei.

### „Die bürgerliche Gesellschaft gehört ins Gefängnis!“

Die bürgerliche Presse stürzt sich auf ein paar aus dem Zusammenhang gerissene Worte des Genossen Arzt, um den braven Espionagen grüßlich zu machen. Gegen diesen Mißbrauch der Ausführungen Arzts wendet sich eine Zuschrift, die uns von einem Teilnehmer der Versammlung zugeht. Genosse Arzt wies in seinem Referat auf den großen sittlichen Ernst hin, von dem die moderne Arbeiterbewegung und das um seine Befreiung kämpfende Proletariat erfüllt sind. Millionen von Arbeitern, so führte er aus, erfüllen im vollen Maße ihre Pflicht, obgleich ihr Leben und ihre Gesundheit ständig in Gefahr ist und sie für ihre Arbeit mit einem Hungerlohn abgespeist würden. Allerdings wenn Millionen von Erwerbslosen auf der Straße blieben, so müßten sich daraus auch

### große sittliche Gefahren

ergeben. Viele Tausende stüchen stumm dahin, bei anderen kommt die Verzweiflung in Selbstmorden und Verbrechen zum Ausdruck. Arzt erinnerte dabei an den Brief des Vizepolizeipräsidenten von Berlin, in dem darauf hingewiesen wurde, daß der Attentäter Böttcher und der Räuber Schulze keine Wohnheitsverbrecher seien und daß sie nur durch ihre tragische Lage zum Verbrechen getrieben worden wären. Eine Wirtschaftsunruhe, in der Millionen keine Existenz finden können, könne man nicht als eine sittliche Weltordnung bezeichnen. Eigentlich gehören nicht die Verbrecher in das Gefängnis, sondern die Anklage müßte gerichtet werden

gegen die ganze kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaftsordnung.

Jedem, der Arzt hörte, mußte es ohne weiteres klar sein, daß Arzt nicht etwa haben will, daß dieser oder jene gute Bürger Müller oder Schulze ins Gefängnis gesteckt wird, sondern Arzt kam es nur darauf an, zu zeigen, auf welchem Boden Verbrechen, wie wir sie in letzter Zeit schauernd erleben, erwachsen, und wollte damit beweisen, daß die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung auf die Anklagebank gehört.

## Wilhelm, die europäische Gefahr

Ein Wink der holländischen Regierung

N. Amsterdam, 26. Oktober. (Ein. Traht.)

Dem Amsterdamer Telegraf wird von autoritativer Seite geschrieben, die niederländische Regierung habe schon 1920 dem Czeriken Rat gegenüber anerkannt, daß die Frage des Aufhalts Wilhelms II. in Holland ein Problem der internationalen Sicherheit ist. Im Interesse des Weltfriedens und im Geiste des Völkerbundes müsse Niederland so lange die Rückkehr Wilhelms II. nach Deutschland verhindern, als diese Rückkehr eine Gefahr für den Frieden bedeute. Die Situation würde eine andere sein, wenn Tatsachen vorlägen, aus denen man entnehmen könnte, daß die Niederlassung Wilhelms II. in Deutschland den Frieden nicht mehr gefährden könne. Was jedoch eine etwaige innere Wandlung Wilhelms II. anbetreffe, so habe er in Doorn genug Beweise dafür geliefert, daß

er ganz und gar der Alte geblieben ist.

So wäre Selbstbetrug, sich vorreden zu wollen, er würde innerlich jemals endgültig davon absehen, daß sein Geschick in Deutschland noch einmal auf den Thron laufe. Was die Stabilisierung der deutschen Republik angeht, so könne man wohl der Hoffnung sein, daß eine Herbeiführung der Monarchie wegen der tatsächlichen Machtverhältnisse und der Kraft der republikanischen Parteien in Deutschland ausgeschlossen sei. Aber darauf allein konnte es nicht an. Vielmehr sei die Möglichkeit, daß die Republik in Deutschland in Gefahr kommen würde, schon ausreichend, um eine Rückkehr des Kaisers für nicht mit

den Interessen der internationalen Sicherheit vereinbar zu erklären. Tatsächlich seien noch immer so viele Monarchisten und Gegner der Friedensbewegung in Deutschland, daß es unverantwortlich sein würde, die russische Entlassung durch Entgegenkommen an Wilhelm II. zu gefährden. Im Falle der Vereinigung beider Regierungen — der niederländischen und der deutschen — sei jedoch jedes Mitglied des Völkerbundes berechtigt, auf Grund Art. 11 Abs. 2 des Bundesstatuts die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung über des Rates auf diese Tatsache als eine drohende Störung der guten Verständigung zwischen den Nationen zu lenken. Von größter Wichtigkeit würde es sein, wenn Wilhelm II. der Aufenthalt in den Reichsgebirgen entweichend dem sozialdemokratischen Geisteswurz für immer unterliegt würde.

Die autoritative Seite des Telegraf ist höchlich die niederländische Regierung. Dabei kommt den Ausführungen Bedeutung zu.

### Bei Rückkehr keine Verständigung!

P. Paris, 25. Oktober. (Ein. Traht.) Der offizielle Temps befaßt sich am Freitag an leitender Stelle mit dem Fall des Kaisers und kommt zu dem Schluß, daß keinerlei Annäherung und keinerlei Entente zwischen Frankreich und Deutschland möglich wäre, wenn Frankreich damit rechnen müßte, daß der Kaiser jemals zurückkehren könnte. Das Wort verlangt von der deutschen Regierung eine klare Erklärung, daß sie sich bewußt aller Versuche einer Restauration der Hohenzollern widersetzen und alle Mittel anwenden wird, die Rückkehr des Kaisers unmöglich zu machen.